

ver.di Position zu Pflegekammern

Gute Pflege braucht bessere Arbeitsbedingungen und die Wertschätzung aller

**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

Pflege ist eine anspruchsvolle und verantwortungsvolle Tätigkeit, die in einer älter werdenden Gesellschaft immer wichtiger wird und dringend mehr Anerkennung und Wertschätzung braucht. Wie für alle Berufe liegt der Schlüssel für hohes Ansehen auch bei den pflegerischen Tätigkeiten in einer wirkungsvollen Verbesserung der Arbeitsbedingungen und einer höheren Entlohnung der Beschäftigten.

Manche hoffen, die Probleme der Pflegeberufe durch die Errichtung von Pflegekammern lösen zu können. Die Gewerkschaft ver.di, in der viele Beschäftigte der pflegerischen Berufe organisiert sind und sich für ihre Interessen einsetzen, sieht die Errichtung von Pflegekammern aus einer Reihe von Gründen sehr kritisch und hat sich deshalb verschiedentlich dagegen ausgesprochen:

1. Die Tarifautonomie liegt in Händen der Sozialpartner – also Gewerkschaften und Arbeitgeber – und würde durch die Einführung einer Pflegekammer nicht berührt. Durch die Errichtung von Kammern würde sich in den wichtigsten Fragen der Bezahlung und Arbeitsbedingungen also gar nichts bewegen.
2. Hoher Arbeitsdruck, Überstunden, Einspringen an freien Tagen, zu wenig Zeit für Patientinnen und Patienten – für gute Arbeit bedarf es vor allem mehr Personal. Einer Pflegekammer stehen keine anderen Instrumente zur Verfügung als heute schon den Berufsverbänden und Gewerkschaften, um auf die Politik einzuwirken. Vielmehr besteht die Gefahr, dass politisch Verantwortliche sich unter Verweis auf die scheinbare Aufwertung der Pflegeberufe durch Kammern aus ihrer Verantwortung stellen und echte Problemlösungen weiterhin verweigern.
3. Ein „pflegerisches Disziplinarrecht“ mit Berufsgericht und Sanktionsmöglichkeit ist – angesichts der Tatsache, dass fast alle Pflegekräfte im Angestelltenverhältnis tätig sind und damit dem Arbeitsrecht unterliegen – unnötig und nichts Weiteres als eine weitere, unsinnige Bürokratisierung der Arbeit. Gute Pflege braucht bessere Arbeitsbedingungen und die Wertschätzung aller.
4. Die Übertragung hoheitlicher Aufgaben an Kammern käme einer Privatisierung bislang öffentlich wahrgenommener Aufgaben gleich, bei der die Kosten statt von der öffentlichen Hand in Zukunft von den Mitgliedern durch deren Zwangsbeiträge getragen werden müssten.
5. Eine Zwangsmitgliedschaft in Kammern wird nicht dazu führen, dass die Pflegeberufe „mit einer Stimme sprechen“. In den Kammerversammlungen wird sich die ganze Vielfalt der Verbände und Meinungen widerspiegeln, die schon heute kennzeichnend für die Pflegeberufe sind.

ver.di befürchtet, dass sich an die von mancher Seite propagierte Errichtung von Kammern nur zu berechnete, aber über diesen Weg letztlich unerfüllbare Hoffnungen nach höherer Wertschätzung und verbesserter Einflussnahme knüpfen. Zur tatsächlichen Durchsetzung von Verbesserungen müssen sich die Beschäftigten auf eine erfahrene und politisch schlagkräftige Organisation stützen können, in der sie auch die aktive Solidarität anderer im Gesundheitsbereich Beschäftigter erfahren. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die

von uns seit langem erhobenen Forderungen, die für echte Verbesserungen zwingend durchgesetzt werden müssen:

1. Für gute Pflege und gute Arbeit werden mehr Personal und gesetzliche Vorgaben zur Personalbemessung benötigt.
2. Eine bessere Finanzierung der Krankenhäuser, die auch Beschäftigte erreicht, sowie die Beseitigung der strukturellen Unterfinanzierung in der Altenpflege.
3. Mehr Gesundheitsschutz für die zunehmend physisch und psychisch völlig überlasteten Beschäftigten im Gesundheitswesen.

Keiner dieser Punkte wird bislang von denjenigen, die sich für Pflegekammern einsetzen, in auch nur annähernd ähnlicher Entschiedenheit vertreten. Auch das lässt die geplanten Kammern als ungeeignet zur Erreichung der Anliegen der Beschäftigten erscheinen. Wir halten es für unsere Pflicht als Gewerkschaft der Pflegeberufe, die Beschäftigten über die Grenzen und Schwächen zu informieren und rufen dazu auf, sich an dem weiteren Diskussions- und Meinungsbildungsprozess zu beteiligen. Dort, wo Pflegekammern politisch gewollt und geschaffen werden, gehen wir mit in Verantwortung und bringen unsere Fachkompetenz zum Nutzen für die Pflegeberufe ein.

Aktuell 2017

Klare ver.di Haltung: Pflegekammern sind keine Lösung



Tom/ver.di Pflegekammer - was ist das eigentlich?

In einigen Bundesländern wird weiter über die Einrichtung einer Pflegekammer diskutiert. Manche erhoffen sich davon eine Aufwertung der Pflege. Doch ver.di ist schon lange davon überzeugt: Kammern lösen die Probleme nicht. Entscheidend ist, dass sich die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung verbessern. Auf beides haben Pflegekammern keinerlei Einfluss. Stattdessen besteht die Gefahr, dass sich die politischen Entscheidungsträger mit Verweis auf die Kammern aus der Verantwortung stehlen.

»Der Schlüssel für eine Aufwertung der Pflegeberufe liegt in wirkungsvollen Maßnahmen, wie gesetzlichen Vorgaben für mehr Personal, um die Pflegekräfte zu entlasten«, betonte

ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler 2016 bei einer Rede in Berlin. »Pflege verdient Anerkennung und Respekt – und zwar im Alltag und nicht nur in Sonntagsreden.« Im Fokus der Pflegekammern stehe die Versorgungsqualität, es gehe also um die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, nicht um die der Pflegekräfte.

Einfluss auf Bezahlung und Arbeitsbedingungen haben Pflegekammern nicht. Regelungen zu Bezahlung, Arbeitszeiten und Urlaub vereinbaren Gewerkschaften und Arbeitgeber in Tarifverträgen. Für gute Rahmenbedingungen ist der Gesetzgeber verantwortlich. Ob Pflegekammern auf die Politik jenseits des Versands von Pressemitteilungen und Appellen Einfluss nehmen kann, ist fraglich. Und selbst wenn, wäre die Frage, wen die Kammer vertritt. Alle Pflegekräfte sicher nicht. Pflegehelfer/innen bleiben außen vor.

Als bisher einziges Bundesland hat Rheinland-Pfalz eine Pflegekammer eingeführt. In den ersten anderthalb Jahren ihres Bestehens hat sie sich vor allem mit organisatorischen Fragen beschäftigt. »Die Pflegekräfte selbst hatten von der Einrichtung der Pflegekammer bislang keine Vorteile«, stellt die ver.di-Vertreterin Karola Fuchs in einem Interview fest. Dennoch beteiligt sich die Gewerkschaft an der Landespflegekammer und bezieht dort für die Interessen der Beschäftigten Stellung – auch gegen sozial ungerechte Kammerbeiträge, die Geringverdiener/innen prozentual mehr abverlangen als Leitungskräften.

Einerseits streitet ver.di gegen die Einrichtung von Pflegekammern, weil sie die Probleme nicht lösen. Andererseits beteiligen sich ver.di-Vertreter/innen an den Kammern, wo sie dennoch gewählt werden. Ein Widerspruch? Keineswegs. Für ver.di ist klar: Wir sprechen uns gegen die Errichtung von Pflegekammern aus. Doch wenn wir uns mit dieser Position nicht durchsetzen und der Landesgesetzgeber sich dafür entscheidet, ziehen wir uns nicht »in die Schmollecke zurück«, wie Karola Fuchs erklärt. Dann gestalten wir mit – im Interesse unserer Mitglieder und der Pflegekräfte insgesamt. Diese Haltung ist nicht neu. In einer 2013 beschlossenen Stellungnahme heißt es: »Dort, wo Pflegekammern politisch gewollt und geschaffen werden, gehen wir mit in Verantwortung und bringen unsere Fachkompetenz zum Nutzen für die Pflegeberufe ein.« So haben es auch die ver.di-Bundesfachbereichskonferenz und der ver.di-Bundeskongress 2015 beschlossen.

Und so macht ver.di es auch in Schleswig-Holstein, wo der Landtag 2015 die Einführung einer Pflegekammer beschlossen hat. »Wir halten unsere Kritik konsequent aufrecht«, stellt ver.di-Landesfachbereichsleiter Steffen Kühhirt klar. Da die Kammer in Schleswig-Holstein nun aber demokratisch beschlossen sei, werde die Gewerkschaft im Sinne ihrer Mitglieder in die Verantwortung gehen. »Wir werden uns aktiv mit unseren gewerkschaftlichen Inhalten und Forderungen an den Wahlen zur Pflegekammer in Schleswig-Holstein beteiligen«, kündigt Kühhirt an.

Doch es gibt Alternativen zur Pflegekammer mit verpflichtender Mitgliedschaft. Das zeigt die »Vereinigung der bayerischen Pflege«, die ohne Pflichtmitgliedschaft, Pflichtbeitrag und Berufsgerichtsbarkeit auskommt. Zudem sind im Freistaat – anders als im herkömmlichen Kammermodell – auch Pflegehilfskräfte einbezogen. Könnten nur examinierte Pflegekräfte Mitglied werden, blieben zum Beispiel in der Altenhilfe über die Hälfte der Kolleginnen und Kollegen außen vor, erläutert Bayerns ver.di-Landesfachbereichsleiter, Robert Hinke, in einem Interview. »Das Kammermodell trägt somit zusätzliche Spaltungen in die Pflege hinein, statt zur Schaffung eines wirksamen Sprachrohrs der gesamten Pflege beizutragen.